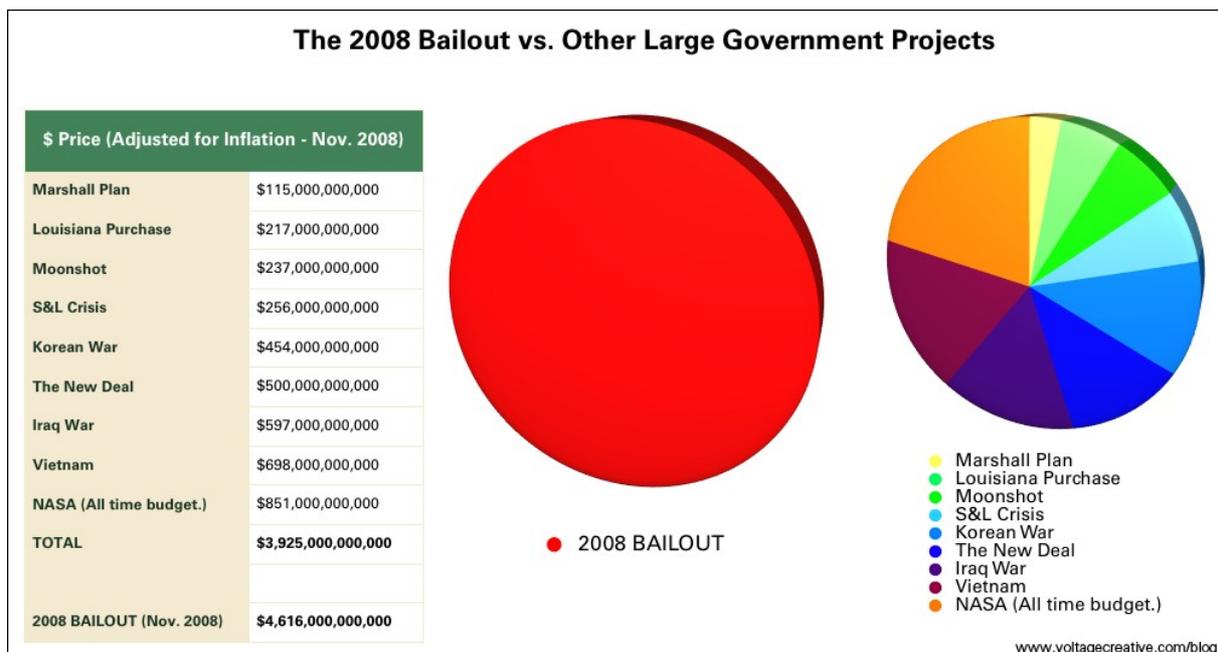


# Es ist ein Skandal!

daher:

## Vorschlag für ein Moratorium der Rückzahlung der Staatsschulden in Österreich

Man glaubt es kaum, aber dennoch ist es wahr: Die Unterstützung der maroden Banken in den USA hat bis Ende November 2008 ein Volumen von 4,6 Billionen<sup>1</sup> Dollar (genauer 4.616.500.000.000 \$) angenommen.<sup>2</sup> Diese Zahl kann man sich erst dann vorstellen, wenn man sie anderen Aktivitäten der USA gegenüberstellt. Der Marshall Plan, der Flug zum Mond, der Koreakrieg, der Irak Krieg, der Vietnam Krieg, das gesamte Budget der NASA, der Louisiana Purchase<sup>3</sup> und die Sparkassenkrise<sup>4</sup> (Savings and loan crisis) der 1980er und 1990er Jahre, kosteten etwa so viel wie die Unterstützung der USA für die Banken im Jahr 2008, aber nicht einzeln, sondern in Summe.<sup>5</sup>



<sup>1</sup> 1 Billion sind 1000 Milliarden. Die englische Trillion ist auf Deutsch eine Billion, eine englische Billion ist auf Deutsch eine Milliarde = 1.000.000.000.

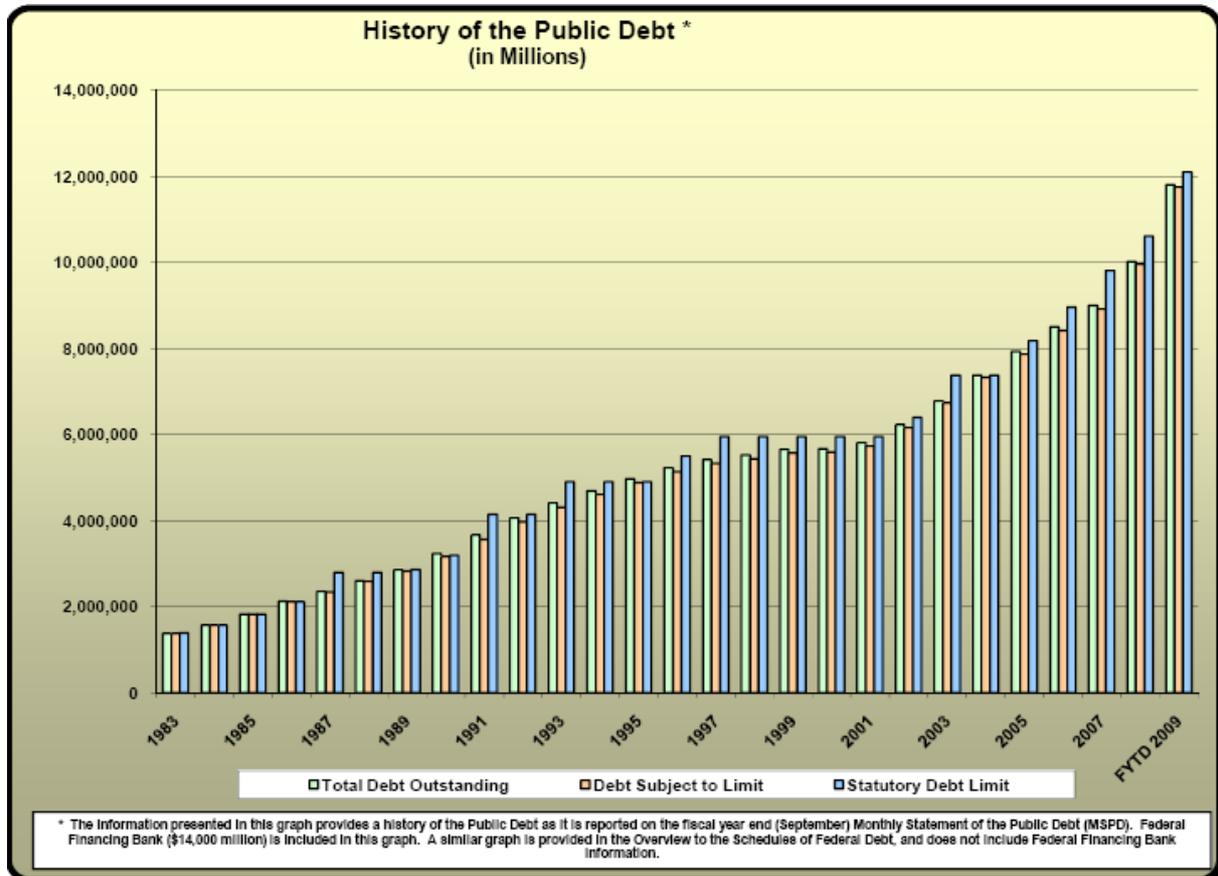
<sup>2</sup> <http://www.boingboing.net/2008/11/25/bailout-costs-more-t.html>

<sup>3</sup> Der Kauf der früheren Kolonie Louisiana von Frankreich im Jahre 1803. Das damals gekaufte Land macht mehr als ein Viertel der heutigen USA aus und verdoppelte das Territorium des Staates. Der Kauf von mehr als 2 Millionen Quadratkilometern war das größte Grundstücksgeschäft der Geschichte

<sup>4</sup> In dieser Krise gingen 745 Sparkassen pleite. Sie war der Ausgangspunkt für die Rezession von 1990/91. Sie kostete etwa 160 Mrd. Dollar.

<sup>5</sup> Quelle der Grafik: <http://voltagecreative.com/blog/2008/11/scary-bailout-money-info-graphic>

Bis zum 31. August 2009 hat sich der gesamte Schuldenstand der U.S. Staatsschuld des Bundes und der Schulden die zwischen den Bundesstaaten gehalten werden, auf 11,8 Billionen Dollar ausgeweitet.<sup>6</sup> Dieser Betrag reicht an das jährliche Brutto-Inlandsprodukt der USA heran, das 2008 ca. 14,3 Billionen Dollar ausmachte. Die folgende Grafik zeigt den Verlauf der Staatsverschuldung in den USA ab 1983.



In **Europa** ist die Situation nicht anders: Laut einem EU-Dokument<sup>7</sup> vom Juni 2009 wollen die EU Regierungen für 2009 3,7 Billionen Euro an Sicherstellungen und direkten Zahlungen an die Banken leisten (siehe auch den Anhang mit den Rettungspaketen nach Mitgliedsstaaten), das ist mehr als das deutsche Brutto-Inlandsprodukt von 2,5 Billionen Euro 2008.<sup>8</sup> Davon entfallen 311 Milliarden Euros auf Kapitalerhöhungen, 2,92 Billionen auf Bankgarantien, 33 Milliarden für schlechte Wertpapiere und 505,6 Milliarden für Liquiditätshilfe.

In **Österreich** ist die Staatsverschuldung dadurch auf einen historischen Spitzenwert gestiegen, der 188 Milliarden EUR<sup>9</sup> ausmacht (das sind rund

<sup>6</sup> [http://www.treasurydirect.gov/govt/reports/pd/feddebt/feddebt\\_aug09.pdf](http://www.treasurydirect.gov/govt/reports/pd/feddebt/feddebt_aug09.pdf)

<sup>7</sup> Note von ECOFIN an den Europäischen Rat, 9. Juni 2009, Dokument Nr. 10772/09 ADD 1, ECOFIN 429, UEM 158, EF 89; RC 9;

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st10/st10772-ad01.en09.pdf>

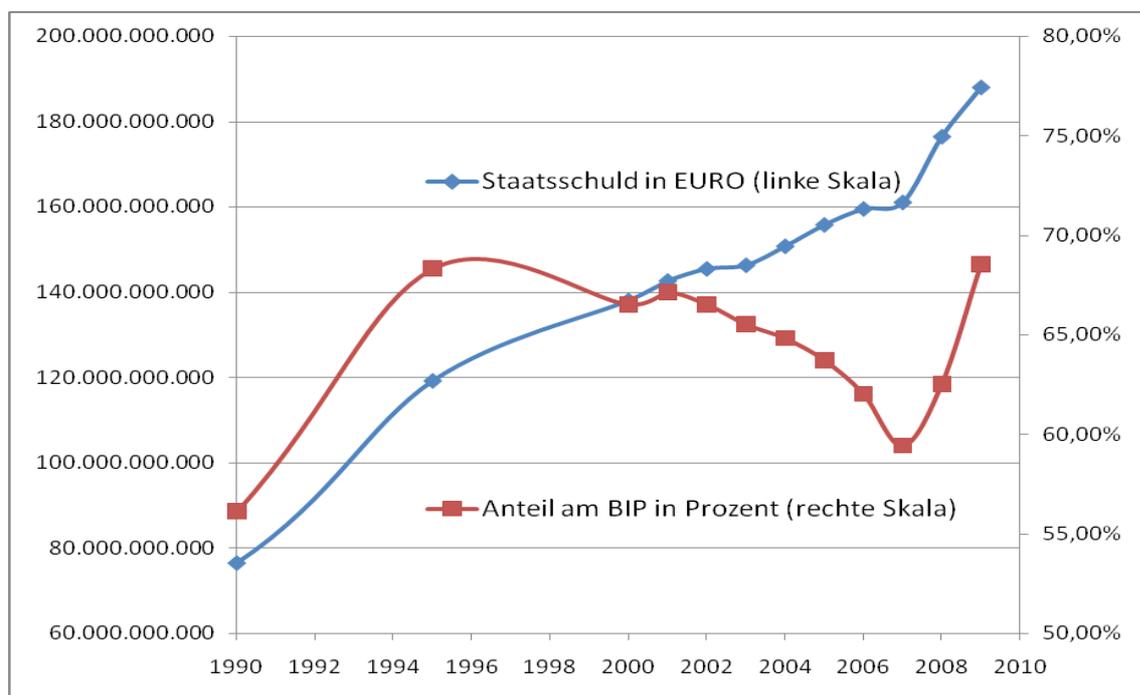
<sup>8</sup> Siehe <http://www.bloomberg.com/apps/news?pid=20601109&sid=al.TvvSBYXBM>, Originalpaper, auf das sich der Artikel bezieht: <http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st10/st10772-ad01.en09.pdf>

<sup>9</sup> <http://staatsschulden.at>

68,5 % des prognostizierten Brutto-Inlandsprodukts für Österreich<sup>10</sup>. Damit ist das über die Jahre verwendete Argument der wachsenden Staatsverschuldung, warum wir den Gürtel enger schnallen müssen, einfach unterlaufen worden (siehe Grafik mit dem Verlauf des Anteils der Staatsschuld am BIP). Nun heißt das Argument, wir müssen die Banken um jeden Preis retten, wollen wir nicht einen Zusammenbruch der gesamten Wirtschaft riskieren.

Die jährlichen Zinsen, die Österreich für die Staatsschuld bezahlen muss, belaufen sich auf rund 7,7 Mrd EURO. Das sind ziemlich genau 10 Prozent der Ausgaben des Bundes<sup>11</sup>, die für 2009 vorgesehen sind.

### Staatsschuld und Verschuldungsgrad in Österreich 1990 – 2009



Wie wird der Schuldenberg abgebaut werden? Die Perspektiven sind alles andere als rosig.<sup>12</sup> Die für ein erhöhtes Wirtschaftswachstum dringend erforderliche Erhöhung der effektiven Nachfrage wird in den nächsten Jahren schwieriger werden. Die Exporte werden kaum starke Zuwachsraten erfahren, die private Investitionstätigkeit wird – wie schon in den letzten zehn Jahren – eher stagnieren, der private Konsum wird bei weiter fallender Lohnquote kaum große Sprünge nach oben machen. Und alle diese Tendenzen gelten nicht nur für Österreich, sondern für fast alle Mitgliedsländer der Europäischen Union.

Ich kann schon die Forderungen der Politiker nach „Gürtel enger schnallen“, nach Einschränkungen bei den Sozialausgaben, nach

<sup>10</sup> <http://www.economic-growth.eu/Seiten/AktuelleDaten/Prognose2009.html>

<sup>11</sup> [http://www.bka.gv.at/site/infodate\\_\\_08.06.2009/6630/default.aspx#id35211](http://www.bka.gv.at/site/infodate__08.06.2009/6630/default.aspx#id35211)

<sup>12</sup> Konjunktur: Der Aufschwung wird zäh – Prognose. Wifo und IHS rechnen mit sehr langsamer Erholung, die Staatsschulden werden zum „Riesenproblem“ (Die Presse, 6. Sept. 2009, S. 11)

Nulllohnstunden und nach Streichung aller von der Wirtschaft als unnötig gesehenen Ausgaben einschließlich einer Reduktion der Pensionen, und natürlich nach Steuererhöhungen für die Lohnabhängigen hören. Wo werden dann die erforderlichen Verbesserungen der sozialen Sicherheit, des Gesundheitswesens, der Kinderbetreuung, des Bildungswesens, des ökologischen Umbaus der Transportinfrastruktur und der thermischen Wohnungssanierung bleiben? Die von Teilen der Christen, der Feministinnen, von linken, liberalen und grünen Gruppen geforderte bedingungslose Grundeinkommen wird ein schöner Traum bleiben.

Daher wird es notwendig, neue Möglichkeiten der Umverteilung von oben nach unten ins Auge zu fassen, die so beschaffen sind, dass diejenigen mit geringen oder gar keinem Einkommen gestärkt werden. Eine Möglichkeit bietet sich m.E. durch ein **Moratorium für die Bezahlung der Zinsen für die Staatsschuld**. Schon Gunther Tichy warnte davor, die Staatsschulden zu schnell abzubauen. Wörtlich sagt er: „Der Versuch eines Staatsschuldenabbaus in der Rezession kann nicht gelingen; zuerst müssen wir die Rezession überwinden, dann erst können wir an die Beseitigung der Folgen schreiten.“<sup>13</sup> Ich würde sein Argument noch verstärken und weiterführen: Die Bezahlung der Zinsen für die Staatsschuld sollte befristet eingestellt werden. Damit würden im Staatshaushalt zusätzliche Mittel für soziale und Infrastrukturmaßnahmen frei. Das macht aber nur dann Sinn, wenn diese Mittel wirklich gezielt zur Verbesserung der Lebensbedingungen der weniger betuchten Mitbürger eingesetzt werden.

Klar ist, dass eine solche Maßnahme gut überlegt und vorbereitet werden muss. Derzeit weiß nicht einmal die Nationalbank selbst, wer die GläubigerInnen der österreichischen Staatsschuld sind. Sie kennt zwar die Käufer der Staatspapiere der ersten Runde (dem Vernehmen nach sollen es zum Teil Banken in Spanien sein), wer sie jedoch dann gekauft hat, ist unbekannt. Wohl kann angenommen werden, dass die ärmere Schicht der ÖsterreicherInnen kaum Staatspapiere gekauft haben wird, da ihr das nötige Kleingeld fehlt. Würden die Zinsen für einige Jahre nicht bezahlt werden, wird sich daher die Betroffenheit von sozial Schwachen in Grenzen halten. Nur jene Institutionen oder Personen können sich ja leisten, Teile ihres Geldvermögens zu verleihen, die es für das tägliche Überleben nicht benötigen. Daher wäre der Umverteilungseffekt von vornherein bei den richtigen Adressaten.

Mit dieser Maßnahme könnte der Slogan „Wir zahlen für Eure Krise nicht“ zumindest teilweise eingelöst und realisiert werden.

Peter Fleissner, Wien, 2. Oktober 2009

---

<sup>13</sup> Gunther Tichy: Rasche Staatsschuldentilgung ist kontraproduktiv, in: Der Standard, 3. September 2009, S. 27

Anhang (Quelle: ECOFIN Dokument vom Juni 2009,  
<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/09/st10/st10772-ad01.en09.pdf>)

ANNEX 1: National measures in support of the EU banking sector –  
amounts in €bn

<b>EU public interventions in the banking sector (in €bn)</b>											
	Capital injections		Guarantees on bank liabilities		Relief of impaired asset		Liquidity and bank funding support		Total for all approved measures	Total effective for all measures	Deposit guarantee scheme (in Euro unless otherwise indicated)
	Total approved measures	Effective capital injections	Total approved measures	Guarantees granted	Total approved measures	Effective asset relief	Total approved measures	Effective liquidity interventions			
<b>Austria</b>	<b>13,8</b>	<b>4,7</b>	<b>70,6</b>	<b>13,9</b>	<b>1,2</b>	<b>1,2</b>	<b>4,4</b>	<b>4,0</b>	<b>90,0</b>	<b>23,8</b>	<b>100%</b>
Belgium	14,4	19,4	240,8	55,5	15,6	17,1	NA	NR	264,5	126,4	100 000
Bulgaria	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50 000
Cyprus	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100 000
Cz Republic	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50 000
Denmark	13,9	0,6	580,0	NR	0,0	0,0	0,0	0,6	593,9	1,1	100%
Estonia	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50 000
Finland	0,0	0,0	50,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50,0	0,0	50 000
France	24,0	16,1	319,8	58,8	6,4	6,4	0,0	0,0	350,1	81,2	70 000
Germany	99,4	38,1	445,0	175,2	9,8	9,8	0,0	0,0	554,2	161,7	100%
Greece	5,0	0,0	15,0	1,0	0,0	0,0	8,0	4,3	28,0	5,3	100%
Hungary	1,0	0,1	5,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	6,2	0,1	100%
Ireland	8,5	3,5	376,0	376,0	0,0	0,0	0,0	0,0	384,5	379,5	100%
Italy	20,0	0,0	NA	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	20,0	0,0	≈103 000
Latvia	0,3	0,0	2,1	0,5	0,0	0,0	2,1	1,2	4,5	1,7	50 000
Lithuania	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100 000
Luxembourg	2,5	2,9	4,5	NR	0,0	0,0	0,0	0,0	7,0	2,9	100
Malta	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100 000
The Netherlands	46,1	46,1	200,0	33,5	28,5	0,0	0,0	34,0	274,5	113,5	100 000
Poland	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50 000
Portugal	4,0	0,0	20,5	5,0	0,0	0,0	0,0	0,0	24,5	5,0	100 000
Romania	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	50 000
Slovakia	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	100%
Slovenia	0,0	0,0	12,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	12,0	0,0	100%
Spain	0,0	0,0	100,0	29,7	0,0	0,0	30,0	19,3	130,0	49,0	100 000
Sweden	4,6	0,5	137,2	24,8	0,0	0,0	0,2	0,0	142,0	25,3	50 000
United-Kingdom	54,0	40,0	337,0	148,0	0,0	0,0	390,2	290,0	781,2	477,9	≈57 000
<b>Total EU</b>	<b>311,4</b>	<b>171,8</b>	<b>2915,5</b>	<b>921,8</b>	<b>61,5</b>	<b>34,5</b>	<b>435,0</b>	<b>353,4</b>	<b>3723,3</b>	<b>1481,5</b>	
<b>Total EA</b>	<b>237,6</b>	<b>130,6</b>	<b>1854,1</b>	<b>748,5</b>	<b>61,5</b>	<b>34,5</b>	<b>42,4</b>	<b>61,6</b>	<b>2195,5</b>	<b>975,2</b>	

NA - Not Available indicates that the amount is not available in the state aid decisions

NR - Not Reported indicates that the amount was not reported by the Member State in its reply to the EFC questionnaire